

BESCHLUSS

des Rates der Stadt vom 7. Mai 2008 über die Auslegung des § 81 Abs. 2 Nr. 2 und 3 GO NRW (Nachtragssatzung) und des § 83 Abs. 2 GO NRW (Erheblichkeitsgrenze für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben)

§ 1

Nachtragssatzung

- (1) Der Rat entscheidet jeweils im Einzelfall, ob trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit im Laufe des Haushaltsjahres ein sich abzeichnender erheblicher Fehlbetrag im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 1 GO NRW vorliegt. Zur Vorbereitung dieser Entscheidung sind dem Rat unverzüglich alle Umstände mitzuteilen, die die Entstehung eines Fehlbetrages erwarten lassen.
- (2) Bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen und Ausgaben bei einzelnen Produktsachkonten bzw. Auftragskonten sind nicht erheblich im Sinne des § 81 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW, wenn sie den Betrag von 0,5 % des Volumens des im Ergebnisplan festgesetzten Gesamtbetrages der Aufwendungen oder den Betrag von 2 % des Volumens des im Finanzplan festgesetzten Betrages der Auszahlungen für Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit nicht übersteigen.
- (3) Geringfügige Auszahlungen für Investitionen im Sinne des § 81 Abs. 3 sind solche, die den Betrag von 150.000,00 € nicht übersteigen.

§ 2

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben

- (1) Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben sind nicht erheblich im Sinne des § 83 Abs. 2 GO NRW, wenn
 1. sie den Betrag von 10.000,00 € nicht übersteigen,
 2. sie durch gesetzliche, tarifliche oder dauervertragliche Verpflichtungen (z.B. Mietverträge) entstehen,
 3. sie für Investitionen entstehen, die im folgenden Jahr fortgesetzt werden und die Gesamtinvestitionssumme der Maßnahme nicht überschritten wird und
 4. deren Deckung durch die Erstattung anderer Kostenträger gewährleistet ist.

- (2) Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben nach Abs. 1 sind dem Rat zur Kenntnis zu bringen, wenn sie den Betrag von 2.500,00 € übersteigen.

§ 3

In-Kraft-Treten

Dieser Beschluss tritt am 08.05.2008 in Kraft und ersetzt den Ratsbeschluss vom 05.07.2001, der hiermit aufgehoben wird.